

„Die ewig Gestrigen der Sicherheits- und Außenpolitik“?

Zum gesellschaftlichen Umgang mit dem Friedens-Manifest von 120 SPD-Mitgliedern.

Klaus Moegling

Der Umgang mit den Unterzeichnern und Unterzeichnerinnen des Friedensmanifests der SPD-Linken spiegelt einerseits die gegenwärtige sicherheitspolitische Situation und andererseits ebenso die Krise der Demokratie in einer deutschen Gesellschaft, die sich vermeintlich im Vorkriegszustand befindet.

Autoren und zugedachte Funktionen des friedenspolitischen Manifests der SPD-Linken

Das Manifest „Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung“ wurde von 120 SPD-Erstunterzeichnern unterschrieben. Nachträglich wurde auch eine Möglichkeit für weitere Unterstützer eröffnet, die das Manifest im Internet unterzeichnen können¹. Zu den Unterzeichnern gehören u.a. der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich, der Außenpolitiker und MdB Ralf Stegner, der ehemalige Parteichef Norbert Walter-Borjans, der Ex-Bundesfinanzminister Hans Eichel, Matthias Platzeck, der ehemalige Ministerpräsident von Brandenburg, Anke Brunn, Wissenschaftsministerin NRW a. D., Michael Müller, Vorsitzender der Naturfreunde Deutschlands und ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär, Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Ehrenpräsident des Club of Rome sowie die MdB Nina Scheer.

Unter den namentlich aufgelisteten Erstunterzeichnern stehen die SPD-Friedenskreise als Verantwortliche aufgeführt. Die SPD-Friedenskreise sind – nach



Prof. Dr. Klaus Moegling

Apl. Professur für Politikdidaktik im Fachbereich Gesellschaftswissenschaft, Universität Kassel, Fachleiter für Politik und Wirtschaft als Studiendirektor i.R., Studienseminar für Gymnasien Kassel

Selbstangaben der Manifest-Verfasser - ein Beratungsgremium, das in regelmäßigen Abständen zusammenkommt, um über friedenspolitische Problemstellungen zu beraten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer würden u.a. aus dem Erhard-Eppler-Kreis, dem Willy-Brandt-Kreis, der Johannes-Rau-Gesellschaft, SPD 60 plus, Demokratische Linke 21, und den Naturfreunden kommen.

Das Manifest ist vor allem an die parteiinterne Diskussion gerichtet, z.B. im Rahmen des ein paar Wochen später stattfindenden Bundesparteitags der SPD. Sicherlich wurde auch die Absicht verfolgt, einen Beitrag zur aktuellen öffentlichen friedenspolitischen Diskussion zu leisten.

Zentrale Aussagen des Manifests

An Stelle einer sich intensivierenden Rüstungsspirale wird die Verknüpfung der „notwendige(n) Verteidigungsfähigkeit“² mit einer „Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik“ gefordert, um eine „gemeinsame Sicherheit“ zu erreichen. Hierbei wird sich auf das Sicherheitsdenken bezogen, das dem von Ronald Reagan und Michail Gorbatschow vereinbarten Verbot aller nuklearen Mittelstreckenraketen zugrundelag, „das wesentlich zum Ende des Kalten Kriegs in Europa und zur deutschen Einheit beigetragen hat.“

Angesichts der gefährlichen Zuspitzung des Kalten Krieges wären damals die richtigen friedenspolitischen Konsequenzen gezogen worden: „An die Stelle von Konfrontation und Hochrüstung traten Gespräche und Verhandlungen über Sicherheit durch Kooperation, Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung.“

Die Autoren des Manifests kritisieren auch indirekt Kräfte innerhalb der SPD, wenn sie formulieren:

„In Deutschland und in den meisten europäischen Staaten haben sich Kräfte durchgesetzt, die die Zukunft vor allem in einer militärischen Konfrontationsstrategie und hunderten von Milliarden Euro für Aufrüstung suchen.“

Kurz wird die Völkerrechtswidrigkeit des russischen Angriffs auf die Ukraine angesprochen, ausführlicher wird das Versagen des Westens thematisiert: „Die auf den Prinzipien der KSZE Schlussakte basierende europäische Sicherheitsordnung wurde schon in den letzten Jahrzehnten vor dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine immer mehr untergraben - auch durch den „Westen“ - so etwa durch den Angriff der Nato auf Serbien 1999, durch den Krieg im Irak mit einer „Koalition der Willigen“ 2003 oder durch Nichteinhaltung der 1995 bekräftigten nuklearen Abrüstungsverpflichtungen des Atomwaffensperrvertrags, durch Aufkündigung oder Missachtung wichtiger Rüstungskontrollvereinbarungen zumeist durch die USA oder auch durch eine völlig unzureichende Umsetzung der Minsker Abkommen nach 2014.“

Es werden neben allgemeinen Forderungen, wie z.B. nach einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik, auch konkrete sicherheitspolitische Maßnahmen gefordert:

„Vor echten vertrauensbildenden Maßnahmen braucht es deshalb zunächst kleine Schritte: die Begrenzung weiterer Eskalation, den Schutz humanitärer Mindeststandards, erste technische Kooperationen etwa im Katastrophenschutz oder der

Cybersicherheit sowie die behutsame Wiederaufnahme diplomatischer Kontakte. Erst wenn solche Grundlagen geschaffen sind, kann Vertrauen wachsen – und damit der Weg frei werden für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. Auch der öffentliche sicherheitspolitische Diskurs muss dazu beitragen.“

Es wird betont, dass eine Verteidigungsfähigkeit vorliegen müsse, die militärische und weitere sicherheitspolitische Aspekte umfassen solle:

„Diese Verteidigungsfähigkeit muss aber in eine Strategie der Deeskalation und schrittweisen Vertrauensbildung eingebettet sein, – nicht in einen neuen Rüstungswettlauf.“ Die europäischen NATO-Staaten seien ohnehin Russland militärisch weit überlegen.

Konkrete sicherheitspolitische Forderungen sind u.a.:

- „Herstellung einer eigenständigen Verteidigungsfähigkeit der europäischen Staaten unabhängig von den USA. Stopp eines Rüstungswettlaufs. Europäische Sicherheitspolitik darf sich nicht am Prinzip der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, sondern muss sich an einer wirksamen Verteidigungsfähigkeit orientieren. Wir brauchen eine defensive Ausstattung der Streitkräfte, die schützt ohne zusätzliche Sicherheitsrisiken zu schaffen.“
- „Keine Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland. Die Stationierung von weitreichenden, hyperschnellen US-Raketen-Systemen in Deutschland würde unser Land zum Angriffsziel der ersten Stunde machen.“
- „Schrittweise Rückkehr zur Entspannung der Beziehungen und einer Zusammenarbeit mit Russland sowie die Berücksichtigung der Bedürfnisse des Globalen Südens insbesondere auch zur Bekämpfung der gemeinsamen Bedrohung durch die Klimaveränderungen.“
- „Keine Beteiligung Deutschlands und der EU an einer militärischen Eskalation in Süd-Ost-Asien.“
- Ablehnung der Willkürlichkeit des 5%-BIP-Anteils für die Landesverteidigung.

Öffentliche Widersprüche in der Sache

Auf der sachlichen Ebene gab es in den Veröffentlichungen der ersten Tage nach dem Erscheinen des Manifests Einwendungen, die sich wie folgt knapp zusammenfassen lassen³:

Es werde im Text eine ungenügende Kritik an der russischen Aggression in der Ukraine geübt. Es fände eine übertriebene Betonung der westlichen Anteile bei den Kriegsursachen statt. Den Autoren wird eine falsche Wirklichkeitswahrnehmung unterstellt: Putin verhandele nicht, Putin bombe. Es würden Lösungsvorschläge angesichts der russischen Verweigerung gegenüber ergebnisoffenen Waffenstillstandsverhandlungen fehlen. Die russische Gefahr für Nato-Staaten werde verharmlost, da in wenigen Jahren ein militärischer Angriff Russlands auf einen NATO-Staat zu erwarten sei. Der Text beinhaltete eine falsche Darstellung, dass der NATO-Westen nicht genügend versucht hätte, mit der russischen Regierung zu reden und zu verhandeln. Eine reine Verteidigungsarmee könne es nicht geben - nationales bzw. europäisches Militär müsse so aufgerüstet sein, dass es auch ohne die Streitkräfte der USA einen

Abschreckungseffekt für mögliche Aggressoren, wie Russland, habe. So seien auch offensive Raketensysteme sowie eine nukleare Abschreckung erforderlich.

Und aus einer anderen Richtung heraus argumentiert: Die Rückkehr zu einem Konzept gemeinsamer Sicherheit übersehe, dass die Welt im Kalten Krieg mehrfach am Rande einer nuklearen Katastrophe stand. Auch damals hätte es keine Sicherheit gegeben.

Versuch der Diskreditierung der beteiligten Erstunterzeichner_innen und des Manifests

Untersucht man in den Tagen unmittelbar nach der Veröffentlichung des Manifests entsprechende mediale Veröffentlichungen im Internet, so findet sich dort eine Reihe ablehnender und diskriminierender Positionen von Parteipolitikern von SPD, CDU, FDP und den Grünen – Beispiele hierfür⁴:

- „Realitätsverweigerung“ und das Manifest „missbraucht den Wunsch der Menschen in unserem Land nach Ende des furchtbaren Krieges in der Ukraine. Nach Frieden“ (Boris Pistorius, SPD);
- „In Sachen Russland muss man hier eine Lernkurve wie bei einem Hirntoten feststellen.“ (Dennis Radtke, CDU);
- „vor allem die üblichen Verdächtigen“, die „bei der Postenvergabe in der SPD leer ausgegangen“ sind (Agnieszka Brugger, Bündnis 90/ Die Grünen);
- „Dieses ‚Manifest‘ ist kein spannender Debattenbeitrag, sondern eine weinerliche Melange aus Rechthaberei, Geschichtsklitterung und intellektueller Wohlstandsverwahrlosung.“ (Michael Roth, SPD);
- „Mützenich und Ralf Stegner, die Ewiggestrigen der deutschen Sicherheits- und Außenpolitiker. Ihr ‚Manifest‘ ist ein realitätsverweigerndes Pamphlet voller fataler Fehleinschätzungen, Kotau vor einem Kriegsverbrecher und Verhöhnung der Opfer.“ (Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP);
- und dazu noch auch auf X vom 10.6.25: „Damit will man die Ukraine der Vernichtungsabsicht Russlands ausliefern & uns mit!“ (Roderich Kiesewetter, CDU)

Teile der Friedensbewegung, z.B. die NGO ‚Sicherheit neu denken‘, BSW, AfD, Linkspartei, christliche Friedensorganisationen, begrüßen hingegen das Manifest (aus unterschiedlichen politischen Gründen). Eher links orientierte Zeitschriften, wie z.B. die Zeitschrift ‚der Freitag‘, unterstützen ebenfalls die zentralen Aussagen des Manifest-Textes – so z.B. die ehemalige Bischöfin Margot Käßmann in ‚der Freitag‘ vom 20.6.25:

„Wenn denen, die das Manifest unterzeichnet haben, hämisch erklärt wird, sie seien ja ganz schön alt, denke ich: lieber besonnene Alte, als junge Heißsporne, die von Krieg reden als sei das ein faszinierendes Spiel.“⁵

Der SPD-Parteitag Ende Juni 2025 und das mediale Echo

Es finden sich nur wenige außen- und sicherheitspolitische Anträge im Antragswerk des Bundesparteitags der SPD, noch weniger hiervon ließ die Antragskommission zur Befassung auf dem Parteitag durch. Hier wird wieder deutlich, dass

Antragskommissionen auch als Bollwerk gegen unerwünschte Diskussionsimpulse während eines Parteitages fungieren.

Es wurde daher wohl auch von den Manifest-Initiatoren im Vorhinein kein expliziter Antrag zum Manifest gestellt.

Reaktionen der Medien nach dem Parteitag thematisieren nur zum Teil das Manifest, da es dort in der Tat – entgegen der vorherigen medialen Erwartungen – nicht die zentrale Rolle spielte. Im Mittelpunkt standen hier eher der mit überwältigender Mehrheit angenommene Antrag zum AfD-Verbot sowie Klingbeils niedriges Wahlergebnis und das hohe Ergebnis für die Co-Vorsitzende Bärbel Bas. Lars Klingbeil selbst hatte in seiner Parteitagsrede nur kurz die Thematik angesprochen und sich vorwurfsvoll gegen die Initiatoren des Manifests gewendet („Wladimir Putin ist nicht Michail Gorbatschow.“) – als wenn dies irgendjemand behauptet hätte ... Stegner wandte hingegen u.a. während des Parteitags ein: „Glaubt irgendjemand, dass die Waffen nicht eingesetzt werden, wenn wir so viel Hochrüstung haben?“⁶ Die taz berichtete, dass sich auf dem Parteitag interessanterweise vor allem jüngere SPD-Mitglieder gegen die Aussagen des Manifests und insbesondere gegen die dort gesehene Annäherungsabsicht an Russland gewendet hätten⁷.

Dann gab es einen während des Parteitags gestellten Initiativantrag, der gegen die Willkürlichkeit des 5%-Ziels der NATO gerichtet war, von der Parteitagsmehrheit abgelehnt wurde, aber immerhin von 35% der Delegierten angenommen wurde („Die SPD lehnt eine dauerhafte und starre Festlegung der Rüstungsausgaben auf 5% des Bruttoinlandsproduktes ab. (...)“). Möglicherweise ist auch das mit knapp 65% der Stimmen schlechte Wahlergebnis für Lars Klingbeil als Co-Vorsitzender u.a. auf sein unbedingtes Beharren hinsichtlich der vorgenommenen sicherheitspolitischen Weichenstellungen der Bundesregierung zurückzuführen. Teile der friedenspolitisch orientierten Linken in der SPD haben ihn dann wohl nicht mehr gewählt.

Notwendiger Umgang mit unterschiedlichen friedenspolitischen Positionen in einer Gesellschaft mit demokratischem Anspruch

Demokratisch orientierte Gesellschaften müssen unterschiedliche Meinungen und kontroverse öffentliche Äußerungen zur Friedenspolitik aushalten, sogar fördern – um maßvoll auf ein Szenario reagieren zu können, das durch eine militärische Escalation und mögliche Bedrohung gekennzeichnet ist. In autoritären Gesellschaften wird dieser Diskussionsprozess vorzeitig abgebrochen bzw. findet hinter verschlossenen Türen statt, um die Durchsetzung der Interessen und Ziele der Regierungsspitze zu gewährleisten.

Es ist kritisch zu begleiten und zu analysieren, inwieweit die notwendigen Diskursräume in einer Gesellschaft mit demokratischem Verfassungsanspruch, wie der Bundesrepublik Deutschland, politisch nicht gewollt und medial vernichtet werden, wenn die in einer Gesellschaft dominierenden Kreise die Auffassung vertreten, sich in einer beginnenden Kriegssituation zu befinden.

Die öffentliche Diskreditierung der am friedenspolitischen Manifest der SPD-Linken beteiligten Personen ist dann Ausdruck innerer Mobilisierung und einer zunehmenden Militarisierung gesellschaftlicher Strukturen. Dies wäre dann Ausdruck

einer sich in der Krise befindlichen Demokratie, die selbst unter einem enormen Druck steht und notwendigen Meinungpluralismus zugunsten einer formierten Gesellschaft wiederum zu unterdrücken versucht.

Sicherheitspolitische Einordnung und Schlussfolgerungen

Letztendlich ist die Schlüsselfrage zu klären: Ist tatsächlich ein russischer Angriff gegen NATO-Staaten zu erwarten oder handelt es sich hier um einen interessengeleiteten Alarmismus, der zu einer unverhältnismäßigen Aufrüstung führt und die gesellschaftlichen Zukunftsmilliarden in eine destruktive Richtung lenkt?

Diese Frage ist nicht leicht(fertig) zu beantworten. Die anhaltende militärische Aggression gegen die Ukraine, die massive Aufrüstung Russlands verbunden mit einer Umstellung zu einer weitgehenden Kriegswirtschaft, die Kriegsrhetorik der russischen Staatsspitze und in den russischen Medien sowie das Ausschlagen an Kompromissen orientierter Verhandlungsangebote bei gleichzeitiger Zunahme der Bombardements in der Ukraine im Frühjahr und Sommer 2025 sprechen für eine militärische Gefährdung durch Russland. Dies bedeutet, dass die Europäische Union sowie Deutschland durchaus ihre Verteidigungsmöglichkeiten verbessern, sich auch dringend besser hinsichtlich militärischer Operationsfähigkeiten und gemeinsamer Militärtechnologie abstimmen müssten. Dies wird auch in dem Manifesttext so gesehen, der die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas einfordert. Dennoch ist es angesichts der militärischen Überlegenheit auch der europäischen NATO-Staaten, was die Zahl des Personals und die Anzahl der Waffen angeht⁸, und u.a. der Ergebnisse des NATO-Gipfels im Juni 2025 hinsichtlich der Bekräftigung der gemeinsamen Beistandsverpflichtung eher unwahrscheinlich, dass Russland es in absehbarer Zeit wagt, einen NATO-Staat anzugreifen. Auch spricht hierfür die relative Erfolgslosigkeit Russlands bei der militärischen Eroberung der Ukraine in den letzten 3,5 Jahren bzw. der vollständigen Besetzung der bereits in der russischen Verfassung annexierten östlichen und südöstlichen Gebiete der Ukraine.

Im Text des Manifests wird eine „defensive Ausstattung der Streitkräfte“ im Rahmen einer prioritären Verteidigungsarmee gefordert. Hier stellt sich die Frage, ob sich eine Armee primär auf Verteidigung ausrichten und auf einseitige Angriffswaffen also auf das Prinzip Abschreckung verzichten kann. Sicherlich sind die von der US-Regierung für 2026 vorgesehenen Raketenstationierungen auf deutschem Gebiet keine Verteidigungswaffen, sondern aggressive ‚Enthauptungswaffen‘, die der Abschreckung dienen sollen. Waffensysteme wie ‚Patriot‘ oder ‚Iris-T‘ sind im Gegensatz hierzu eher Verteidigungssysteme. Auch Bergspanzer, Minensuchpanzer sowie Rettungswagen sind defensiver Natur. Aber was ist z.B. mit Artillerie, Panzern und Kampfdrohnen? Sie können sowohl für den Angriff als auch zur Verteidigung eingesetzt werden.

Diskussionswert ist auch die Perspektive, die im Manifest entwickelt wird - im Rahmen einer aus militärischer Verteidigungsfähigkeit und Diplomatie bestehenden sicherheitspolitischen Doppelstrategie - den Aspekt der Vertrauensbildung über Diplomatie als Voraussetzung international koordinierter Abrüstungsbemühungen zu stärken.

Lieber nach wiederholten diplomatischen Niederlagen dann dennoch nach zähem diplomatischen Ringen einen Erfolg in der Zusammenarbeit erzielen als vorschnell in eine Kriegssituation geraten! Auch wird sich der Krieg in der Ukraine nur über Verhandlungen beenden lassen, bei denen beide Seiten erkennen, dass ein Verhandlungsfrieden eine Win-win-Situation in ökonomischer und geopolitischer Hinsicht für beide Kriegsparteien bedeutet und über das hinausgeht, was sich über militärische Mittel erzielen lässt.

Anmerkungen

- 1 Der Text des Manifests, die Liste der Erstunterzeichner sowie die weitere Unterzeichnungsmöglichkeit finden sich u.a. unter <https://www.erhard-eppler-kreis.de/manifest/>
- 2 Alle Zitate in diesem Abschnitt stammen aus dem Text des Manifests.
- 3 Diese Aussagen sind u.a. in folgenden Medien repräsentiert: „SPD darf nicht falsch abbiegen“: Heil schaltet sich in Streit um SPD-Manifest ein - n-tv.de, 25.6.2025, <https://www.telepolis.de/features/SPD-Manifest-sorgt-fuer-Aufruhr-Friedenspapier-oder-Realitaetsverweigerung-10448002.html>, 16.6.2025, <https://taz.de/Manifest-von-SPD-Altvorderen/!6093922/>, 13.6.2025, <https://www.berliner-zeitung.de/news/boris-pistorius-zum-manifest-der-spd-dieses-papier-ist-realitaetsverweigerung-li.2332668>, 12.6.2025 und <https://www.fr.de/politik/spd-linke-erntet-kritik-und-zustimmung-fuer-ihre-manifest-93780169.html>, 11.6.2025.
- 4 Diese Zitate werden aus verschiedenen Zeitschriften zusammenfassend präsentiert u.a. von der taz (<https://taz.de/Manifest-von-SPD-Altvorderen/!6093922/>, 13.6.2025), der Freitag (<https://www.freitag.de/autoren/sebastianpuschner/manifest-sozialdemokraten-wagenden-aufstand-gegen-den-aufraeustungsrausch>, 11.6.2025) sowie t-online (https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100763574/spd-streitet-ueber-manifest-pistorius-uebt-harsche-kritik-an-autoren.html, 11.6.2025).
- 5 Käßmann, Margot: Warum ich dankbar bin für das SPD-Manifest für Frieden. In: der Freitag, <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/margot-kaessmann-warum-ich-dankbar-bin-fuer-das-spd-manifest-fuer-frieden>, 20.6.2025.
- 6 Vgl. <https://www.n-tv.de/politik/SPD-Parteitag-in-Berlin-Streit-um-Frieden-und-die-richtige-Haltung-zu-Russland-article25865522.html>, 27.6.2025.
- 7 Vgl. <https://taz.de/SPD-Parteitag/!6094441/>, 30.6.2025.
- 8 Vgl. u.a. die Vergleiche von Personal und Waffen der europäischen NATO-Staaten und Russlands bei Moegling, Klaus: Wie groß ist die Gefahr eines russischen Angriffs auf NATO-Staaten? In: der Freitag, <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/kriegsfahigkeit-und-us-mittelstreckenraketen-kann-russland-die-nato-angreifen>, 3.1.2025.